

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 764

Mittwoch, 12. Oktober 2022

29. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Ricardo Fallo: Zum 90. Geburtstag, Teil 2: Für Pluri-Nationalität gibt es kein Rezept.....	1
Vereint auf die Straße: Gemeinsamer Protest von Landarbeiter*innen und Studierenden.....	3
Bewaffnete überfielen und verbrannten die Häuser von Q'eqchi'-Familien im Petén.....	4
Kriminalisierungsversuche und wie sie selbst heute noch scheitern können.....	5
Teil 1: Bernardo Caal: der Prozess sollte kein Straf-, sondern ein Verwaltungsverfahren sein.....	5
Teil 2: Rückschlag für MP: Gericht entscheidet zugunsten von Leily Santizo und Siomara Sosa.....	6

Ricardo Fallo: Zum 90. Geburtstag, Teil 2: Für Pluri-Nationalität gibt es kein Rezept

Guatemala, 23. September - Ricardo Falla Sánchez, der auch als Sozialforscher, scharfsinniger Denker und Kenner des aktuellen Geschehens in Lateinamerika anerkannt ist, hofft, dass das Plebiszit über die Verfassung in Chile angenommen wird [*leider nicht, die Red.*]. Denn auf der Basis dessen, was er "den politischen Horizont der indigenen Völker" nennt, könnte dies positive Auswirkungen in Guatemala haben, da es in Lateinamerika eine Bewegung gibt, die sich für einen plurinationalen Staat einsetzt.

"Diese Bewegungen sind authentisch, natürlich sind sie authentisch. Aber sie haben nicht den Rückhalt in der Bevölkerung, den sie haben sollten. Was wir haben, ist eine Lücke, wie ein Bruch zwischen dem, was die Intellektuellen denken und vorschlagen, und dem, was die Menschen fühlen", sagte er und wedelte mit dem Daumen, um das politische Projekt der indigenen Völker zu unterstützen.

Er schlug vor, dass diejenigen, die über diesen politischen Horizont, wie er es nennt, diskutieren, sich auf die Erfahrungen der Völker stützen sollten, und nannte das Beispiel des Ixcán, wo verschiedene Völker zusammenleben. "Es gibt dort eine Plurinationalität, weil sie gelebt wurde, die Q'anjob'al mit den Mames, den Q'eqchi'. Sie müssen Spanisch lernen, weil sie sich sonst nicht verstehen. Auf der anderen Seite ist es eine lateinamerikanische Bewegung, die ansteckend ist, es ist eine sehr grosse Sache".

Seine Überlegung ist, dass ein solches Engagement von Aktivist*innen, Politiker*innen und Kämpfer*innen gefördert werden sollte, damit die Aktivitäten nicht nur in einem Sektor bleiben. So könnte verhindert werden, dass das Engagement zu einer politischen Elite wird und die [*politischen und sozialen, d.Red.*] Räume korrumpiert werden.

Kritik aus dem Purismus nimmt zu

Die Unterzeichnung des Friedensabkommens im Jahr 1996 markierte nach Ansicht des Jesuitenpaters eine Zäsur. In Bezug auf die jüngste Geschichte Guatemalas und insbesondere über die Gerichtsverfahren gegen Militärangehörige, die schwerer Menschenrechtsverletzungen beschuldigt werden, sagte er, dass die Verurteilung dieser hochrangigen Militärangehörigen zu einer Polarisierung in Befürworter*innen oder Gegner*innen der Verurteilung von Ereignissen wie dem Völkermord geführt habe. Zugleich aber seien die Geschehnisse selbst nicht bekannt gemacht worden.

"Es ist etwas, das nicht verloren gehen kann. Es ist eine Wunde, die im Gedächtnis der Menschen und der Angehörigen ist und es scheint, als ob der Strom des Augenblicks sie auslöscht. Die Menschen erinnern sich nicht mehr daran".

Die Polarisierung, so hat er beobachtet, verhindert die Versöhnung, obwohl es Sektoren der Gesellschaft gebe, die darauf setzen können. Manche würden sagen, je mehr Polarisierung, desto besser, denn sie verschärft die Klassenspannungen. "Ein Mann des Militärs, der in diese Dinge verwickelt war, vielleicht nicht für eines dieser Verbrechen verantwort-

lich war, aber nahe dran, erzählt nicht, was passiert ist, weil er Angst hat, dass sie ihn vielleicht auch in den Knast werfen. Sie haben Angst und schotten sich deshalb ab".

Er hält es für wichtig, dass die Militärs darüber sprechen, was sie bei den Massakern getan und wie sie es erlebt haben, damit die Grausamkeit, die während des Krieges zum Ausdruck kam, die Wunden heilen kann. Für Falla ist es wichtig, dass "wir nicht denken, dass wir die Reinen sind, denn wir denken immer, dass wir die Reinen sind und dass die Anderen die Bösen sind. Wir alle waren an dem Völkermord beteiligt". Im Falle der Guerilla, sagt er, "kalkulierten sie nicht die Auswirkungen mit ein, die die Revolution haben würde. Die Auswirkung, die sie auf das Militär selbst haben würde, das es in einer solch völkermörderischen Weise reagierte".

Er lässt den Finger nicht vom wunden Punkt und verweist auf die Massaker in den Gemeinden Cuatro Pueblo, Xalbal, Piedras Blancas und Rabinal, die alle im Bericht der Historischen Aufklärungskommission (CEH) aufgeführt sind. Nach dem Ende des 36 Jahre andauernden internen Krieges verschwindet ein Schwerpunkt der Gewalt, aber andere nehmen zu: Lynchmorde, Drogenhandel und häusliche Gewalt. Seiner Meinung nach ist diese Vielzahl von Ausdrücken schwer zu messen.

Eine dieser Gewalttaten, die sich in der Nachkriegszeit vervielfacht hat, so Falla, war das so genannte "Alaska-Massaker" bei Kilometer 169 der Interamerikanischen Strasse am 4. Oktober 2012, bei dem sieben Menschen aus Totonicapán getötet wurden, als sie gegen die Erhöhung der Strompreise und gegen die Abschaffung der Aufstiegschancen bei Lehrenden demonstrierten. Seiner Meinung nach war es ein Fehler der Regierung, der Armee Befugnisse zu übertragen, die eigentlich der Polizei zustehen.

"Soldaten werden für den Krieg ausgebildet, nicht für eine friedliche Demonstration mit Steinen und Stöcken. Krieg ist aber nicht dasselbe wie eine Demonstration und es gibt Methoden, damit umzugehen oder sie zu zerschlagen", sagte er. "Um sie zu zerschlagen", wiederholte er ironisch.

Dann spricht Falla über die Eucharistiefeier, die er in der Gemeinde am 17. Juli zum 40. Jahrestag des Massakers auf der Farm San Francisco in Nentón abgehalten hat. Solche Messen hat der Priester in seinem Buch *Schwarzer Geier - Massaker und Überleben. Finca San Francisco, Nentón* (2011) dokumentiert. Der Name des Buches sei keine Metapher. Trotz der Grausamkeit und des Schmerzes, die sein Buch einfängt, weitet Falla vielmehr den Blick auf die Gemeinschaft:

"Der grosse Baum, der dort steht, war voller Geier, als das Massaker stattfand und auch danach."

An dem Ort, an dem eine Gruppe forensischer Anthropolog*innen einige der Skelette der Ermordeten ausgegraben hat, wurde nun eine Messe zum 40. Jahrestag des Massakers abgehalten. "Wir haben die Messe an der Stelle abgehalten, wo das Gebetshaus der Kapelle war. Zum Zeitpunkt des Massakers gab es dort nur Katholik*innen. Im Gebetshaus gibt es einen kleinen Platz, den Sie dort sehen können. Hier haben sie die Kinder getötet, und jetzt können die Leute nicht mehr hinein, weil es Privatgelände ist", sagte er.

Auf dem Gelände befindet sich eine 15 Meter hohe Pyramide des Maya-Volkes der Chuj, auf die die Menschen klettern, um sich zu sonnen und zu fotografieren, soweit sie Zugang haben. Bei der Messe zum 40. Jahrestag war auch der Priester der Pfarrei San Mateo Apostel von San Mateo Ixtatán anwesend. Vor vier Jahren fand eine weitere Messe statt, an der auch der aus Santa Eulalia stammende Priester Matxhun Bernabé, damals Pfarrer von San Mateo, teilnahm.

"Mit ihm haben wir die erste Messe gelesen, die erste Messe, die ich an diesem Ort gelesen habe. Es war der Jahrestag, aber nicht der 40. Jahrestag. Ich weiss nicht, ob es vier Jahre zuvor war. Jedenfalls trauten sich die Leute nicht hinein. Einige sagten, wir sollten hineingehen, aber sie trauten sich nicht, bis Matxhun kam. Er sagte: Lass uns gehen und wir gingen hinein. Er war der Pfarrer, alle stellten sich hinter ihn. Das war das erste Mal, dass ich dort am Ort des Massakers eine Messe gehalten habe".

Nach dem Massaker wurden die Familien verstreut, deswegen musste sich Falla mit den Priestern sowohl von Nentón als auch in San Mateo Ixtatán, wo viele Überlebende Zuflucht fanden, abstimmen, um zur Feier der Messe zu kommen.

In der Dämmerung des Lebens

Im Alter von 90 Jahren sagt Pater Ricardo Falla, wie er in der Kirche Santa María Chiquimula genannt wird, dass er viele Notizen aus seiner Arbeit vor Ort hat, die er noch bearbeiten muss. "Ich fühle, dass nur ich diese Notizen verwenden kann. Eine andere Person, die sie liest, versteht sie nicht. Wenn ich sie nicht aufschreibe, werden sie dort bleiben, auch wenn sie wenig oder gar nicht von Nutzen sind. Aber ich kann etwas tun", sagte er.

Er sagte, dass ein neuer Band seiner Sammlung redaktionell überarbeitet wird. Es wäre der achte Band, "der Band wurde verlängert, er hat zwei Bände, wir werden sehen, wann er herauskommt, es ist ein laufendes Projekt".

Er fügte hinzu, dass der fünfte Band, der sich mit dem Thema der Pastoral im Widerstand befasst und die Zeiten der Unterdrückung in Ixcán behandelt, erweitert werden soll. "Band 5 ist Band 5a und reicht nur bis 1987, also steht an, Band 5b zu machen. Die Sammlung wird in diese Richtung wachsen, und vielleicht kommt dann noch Band 5c hinzu. Ich

weiss nicht, ob ich die Kraft dazu haben werde, aber ich habe Band 5b fertiggestellt, welches ungefähr die Zeit der grossen Offensive von 1987 und 1988 behandelt.

Die Erfahrungen mit der Organisation der Ixcán-Gemeinden während des Krieges können als Referenz für andere Gemeinschaften im Widerstand dienen. "Einige haben gesagt, es sei wie mit der Pariser Kommune zu Marx' Zeiten: eine sozialistische Erfahrung, die nach Marx wieder studiert werden müsse. Denn aus dieser Erfahrung könnte eine Menge Licht erwachsen".

Im Alter von 90 Jahren sagt der promovierte Anthropologe, dass er manchmal das Gefühl hat, dass es ihm an methodischen Instrumenten und Kenntnissen fehlt, wie z. B. an biblischen Studien, weil er sich dem Studium des Popol Vuh verschrieben hat. "Aus der Sicht eines Priesters merke ich, dass ich mehr biblische Studien, mehr biblische Theologie kennen muss. Ich lese ein wenig, aber ich habe eine grosse Lücke", beklagte er.

Der Jesuitenpater und Anthropologe Ricardo Falla wird, wie er selbst sagt, seine pastorale Aufgabe so lange wahrnehmen, wie es ihm das Leben erlaubt. Er wird weiterhin jeden Morgen die Messe feiern und seine Spaziergänge im Atrium der Kirche Santa María Chiquimula und im Leben fortsetzen. Das ist sein Horizont. (Prensa Comunitaria)

Vereint auf die Straße: Gemeinsamer Protest von Landarbeiter*innen und Studierenden

Guatemala, 26. September - Zehntausende Anhänger*innen der Landarbeiterorganisation CODECA haben in Guatemala am vergangenen Mittwoch (21. September) gegen die autoritäre Politik des rechten Staatspräsidenten Alejandro Giammattei protestiert. Die Demonstrierenden zogen bei Dauerregen von vier Punkten der Hauptstadt zum Sitz der Staatsanwaltschaft, wo sie den Rücktritt von Generalstaatsanwältin Maria Consuelo Porras und Giammattei forderten. Porras sei ein Beispiel für den "Pakt der Korrupten", der alle "drei Säulen des Staates übernommen hätte". Sie schirmten den Staatspräsidenten und sein Umfeld vor Ermittlungen ab, so ein Redner. Der Versuch, den Protest anschließend direkt vor dem Kongress vorzubringen, scheiterte an dem hohen Polizeiaufgebot, wie *Prensa Libre* berichtete.

Die linke Kongressabgeordnete Vicenta Jerónimo vom Movimiento para la Liberación de los Pueblos (MLP), von Codeca als "politisches Instrument" gegründete Partei, solidarisierte sich vor dem Kongress mit den Demonstrierenden. Bei der Abschlusskundgebung auf dem Platz der Verfassung zeigte sich Leiria Vay von der Nationalen Leitung von CODECA überaus zufrieden: "Der zentrale Platz war voll, noch in den Nebenstraßen standen Menschen", sagte sie im Gespräch mit *jW*. Ein Studierendenvertreter der staatlichen San-Carlos-Universität, deren zentrale Koordinierung ebenfalls zu den Protesten aufgerufen hatte, erklärte: "Wir müssen uns gegen dieses System vereinen, das uns verarmt hat; es nimmt uns unsere Universität, es nimmt uns unsere Gesundheit, es nimmt uns unsere Flüsse, es nimmt uns alles weg." Die Universität in der Hauptstadt Guatemala-Stadt und in einigen Außenstellen wird seit Mai von Studierenden besetzt gehalten. Bei der Wahl eines neuen Rektors im Mai waren oppositionelle Kandidat*innen von der Wahl ausgeschlossen worden, dem letztlich ohne Gegenkandidaten gewählten Rektor Walter Mazariegos sprechen Teile der Studierenden daher die Legitimation ab. Der aussichtsreichste Gegenkandidat, Jordán Rodas, musste wenige Stunden vor Ablauf seiner Amtszeit als Menschenrechtsobmann nach Drohungen aus rechten Kreisen nach El Salvador flüchten und hält sich mittlerweile in den USA auf – ein Schicksal, das er mit etwa 25 weiteren kritischen und unabhängigen Jurist*innen teilt, die in den vergangenen Jahren Guatemala verlassen mussten.

Neben dem Protest gegen die autoritäre Entwicklung gehe es auch um die verschärfte soziale Lage im Land, so Vay gegenüber *jW*. "Wir demonstrieren auch gegen die gestiegenen Lebenshaltungskosten, fordern einen Zugang zu öffentlicher Gesundheit und Bildung und die Reduzierung der Preise des öffentlichen Busverkehrs."

Während sich verschiedene Bewegungen demonstrativ vereint haben, gestaltet sich die Suche nach einer gemeinsamen Kandidatur für die Mitte kommenden Jahres stattfindenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen schwierig. Im Mai war aus dem Umfeld der ehemaligen Guerillaorganisation Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca (URNG) eine Initiative zur Einheit der progressiven Kräfte gestartet worden. Mittlerweile hat die URNG mit der Maya-Partei WINAQ eine Wahlallianz geschlossen. In dieser Form waren beide Parteien bereits 2011 und 2015 angetreten, konnten aber nur Ergebnisse um die drei Prozent erreichen. Die MLP setzt dagegen nach Aussagen leitender Mitglieder auf eine Eigenkandidatur. Als Präsidentschaftskandidatin wird Thelma Cabrera gehandelt. Die langjährige CODECA-Aktivistin erreichte 2019 mit gut zehn Prozent und dem vierten Platz einen überraschenden Erfolg.

Ob sich die links-sozialdemokratische SEMILLA am angestrebten Wahlbündnis mit der URNG und WINAQ beteiligt, ist ebenso fraglich. Laut Berichten des Onlineportals *Con Criterio* vom Mittwoch ist an der von URNG und WINAQ geplanten Allianz auch die mittlerweile im Exil lebende Ex-Generalstaatsanwältin Thelma Aldana führend beteiligt. Der von der WINAQ vorgeschlagene Kandidat Amilcar Pop sei für Teile der SEMILLA aber "nicht der für diese Wahlen benötigte Kandidat", schrieb *Con Criterio*. Als Vizepräsidentenkandidat ist demnach Francisco Rivas im Gespräch, der unter dem rechten Präsidenten Jimmy Morales als Innenminister engagiert Korruption und Straffreiheit bekämpfte. Nach zwei Jahren im Amt wurde er abgesetzt. (Thorben Austen, Quetzaltenango für die *Junge Welt*)

Bewaffnete überfielen und verbrannten die Häuser von Q'eqchi'-Familien im Petén

El Chal, Petén, 4. Oktober - Eine Gruppe von etwa 150 unbekannt Personen kam am Freitag, den 30. September, gegen Mitternacht bewaffnet in die Gemeinde Seinup in der Gemeinde El Chal, Petén. Die 56 dort lebenden Familien, die von den Maya Q'eqchi' abstammen, flohen, um nicht angegriffen zu werden. Einigen Dorfbewohner*innen zufolge schossen die unbekannt Angreifer mit ihren Schusswaffen in die Luft, um die Bevölkerung einzuschüchtern. Die Bevölkerung, darunter Minderjährige, Frauen und Erwachsene, wurde gejagt; die meisten von ihnen flohen in die Büsche. Von dort aus sahen sie zu, wie ihre Häuser, Ernten, Tiere, Kleidung und Lebensmittel mit Benzin verbrannt wurden.

Ein Mann, der nicht fliehen konnte, erlitt Schussverletzungen, wie die Familien berichten, die seit Oktober 2018 auf dem Grundstück leben, das angeblich dem Staat gehört. Diese gewaltsame Räumung ist illegal, sagen die Dorfbewohner*innen und der Anwalt, der sie unterstützt. Die Minderjährigen waren auf andere Art betroffen. Die Kinder, die in dem Weiler Santa Amelia in derselben Gemeinde lernen, haben ihre Schulbücher und Rucksäcke verloren. Jetzt wissen sie nicht, ob sie den Unterricht besuchen und den Rückstand aufholen oder die Schule abbrechen sollen.

Maria Maas Tiul, die Frau des verletzten Mannes, sagt, sie seien nach Seinup gekommen, um Land für den Anbau ihrer eigenen Lebensmittel zu suchen. "Mein Mann hat niemanden erschossen, wir sind Mitglieder der Gemeinschaft und suchen nur einen Platz zum Überleben", sagte sie. Der Ehemann von Maas Tiul liegt im Krankenhaus, und der Verlauf seiner Genesung ist unbekannt. "Zusätzlich zu meinem Mann, der verwundet wurde, bin ich mit meinen Kindern ohne Kleidung zurückgeblieben, jetzt überlebe ich mit der Kleidung, die uns einige Leute gespendet haben", fügte sie hinzu.

Wie Maria Maas, verloren auch mehrere Frauen ihre Gümpiles (*Blusen, d. Red.*) und Kleidung. "Ich habe kein Haus und keine Kleidung mehr, hier sind meine Kinder und mein Mann, (...). Sie haben mein Haus, meinen Mais und meine Bohnen verbrannt. Sie haben alles verbrannt", sagte eine andere Frau unter Tränen, die aus Sicherheitsgründen ihre Identität nicht preisgeben wollte.

Laut Mauricio Ramiro, einem weiteren Bewohner von Seinup, was auf Q'eqchi' "ceiba" [Kapokbaum, d.Red.] bedeutet, war das, was sie erlebten, ein Albtraum. "Die Gewalt ist eine Überraschung für unsere Kinder", sagt er in Anspielung auf den Tag des Kindes, der in Guatemala jedes Jahr am 1. Oktober gefeiert wird. Nach Aussage des Dorfbewohners bitten sie die Regierung um Zugang zu Land. "Die Wahrheit ist, dass dieses Land dem Staat gehört, es gehört der Nation, deshalb sage ich es öffentlich - dass wir die Menschen hier nicht vertreiben werden. Wir wollen, dass der Staat uns zuhört und uns auch nur ein Stück Land gibt, auf dem wir arbeiten können", forderte er.

Zu den Gründen für die Ansiedlung in Seinup sagte Ramiro, dass dies auf den Mangel an Land und Arbeit zurückzuführen sei. "Wir sind echte Bauern. Ich habe einen Schulabschluss, aber es gibt keine Arbeit und ich muss kämpfen, um meine Familie zu unterstützen. Meine Frau ist Grundschullehrerin, aber es gibt keine Stellen. Wir kämpfen also für die Unterstützung unserer Kinder", sagte er.

Landkonflikte im Petén

Der Anwalt der Gemeinde, Juan Carlos Peláez, erläuterte in einem Interview mit Prensa Comunitaria einige der Hintergründe für die Landansprüche der Familien der Gemeinde Seinup. Nach Angaben des Anwalts sind die 56 Familien auf doppelt registriertem Land angesiedelt. Die eine ist auf den Namen des Staates eingetragen, die andere ist eine Eintragung auf den Namen des Unternehmens San Agustín. Als die Gemeindemitglieder erfuhren, dass dieses Land dem Staat gehört und von FONTIERRAS (Landfonds) verwaltet wird, beantragten sie, dass ihnen das Land "für landwirtschaftliche Zwecke" zugewiesen wird. Die erste Eintragung, die den Staat als Besitzer ausweist, ist 20 Jahre älter als die Eintragung des privaten Unternehmens, sagte der Anwalt.

Obwohl das Unternehmen keine Rechtssicherheit in Bezug auf das Grundstück hat, reichte es bei der Staatsanwaltschaft (MP) eine Anzeige wegen Amtsanmassung ein und wurde von einem Richter der ersten Instanz der Gemeinde Poptún angehört, der am 2. November 2021 eine Räumung genehmigte. Bei dieser Gelegenheit drangen Angehörige der Nationalen Zivilpolizei (PNC) gewaltsam in die Gemeinde ein und brannten acht Häuser nieder.

Einige Tage zuvor war die MP nach Anhörung des Katasteramtes (RIC) und von FONTIERRAS zu dem Schluss gekommen, dass es sich um eine landwirtschaftliche und nicht um eine strafrechtliche Angelegenheit handelt, und hatte die Einstellung des Verfahrens beantragt. Der Richter ignorierte jedoch den Antrag der Staatsanwaltschaft und nahm ihn nicht an, sondern hielt eine einseitige Anhörung ab, an der nur das Unternehmen und die Staatsanwaltschaft teilnahmen, und ordnete die Räumung an. Die Mitglieder der Gemeinschaft haben nicht teilgenommen.

Damals sagte der Anwalt Peláez, dass sie noch andere Rechtsmittel einlegten, weil bekannt war, dass der Prozess nicht strafrechtlich, sondern zivilrechtlich sein sollte. Aber sie gingen dann juristisch doch nicht weiter. Schliesslich ersuchte der Richter von Poptún das Friedensgericht von El Chal, die Räumung zu vollstrecken.

Bezüglich der Räumung vom 30. September sagte Peláez, dass diese rechtswidrig gewesen sei, da sie nachts durchgeführt wurde und die Polizei nicht eingegriffen hat. "Diese Räumung wurde nicht von der PNC durchgeführt, es war um 21 Uhr, es war wie ein Krieg. Die Menschen schliefen und plötzlich weckten die Schüsse sie auf. Die Unbekannt verbrannten alles. Wir wissen nicht, wer es getan hat, aber wir wissen, dass es 150 bewaffnete Personen waren", so Peláez.

Nach Informationen von Prensa Libre reichte die Ombudsstelle für Menschenrechte (PDH) am Samstag, den 1. Oktober, eine Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft ein, um gegen die Verantwortlichen für den Vorfall zu ermitteln. In der Zwischenzeit sagte Armeesprecher Rubén Tellez, dass 100 Soldaten vor Ort eingesetzt wurden, um die Umgebung zu sichern, damit der PNC, die MP und die PDH ihre Ermittlungen durchführen können. (Prensa Comunitaria)

Kriminalisierungsversuche und wie sie selbst heute noch scheitern können

Teil 1: Bernardo Caal: der Prozess sollte kein Straf-, sondern ein Verwaltungsverfahren sein

Cobán, 5. Oktober - Der zweite Tag der mündlichen und öffentlichen Anhörung gegen den Q'eqchi'-Lehrer, Bernardo Caal Xol, der vom Bildungsministerium (MINEDUC) des Verbrechens der illegalen Inhaftierung beschuldigt wird, fand in einem Gericht in Cobán, der Hauptstadt von Alta Verapaz, statt. Den Anwälten des Lehrers zufolge ist die gegen ihn eingereichte Anzeige nicht strafrechtlicher, sondern verwaltungstechnischer Natur, aber die Staatsanwaltschaft (MP) beschloss, die Anzeige in diesem Zusammenhang zu benutzen, um ihn zu kriminalisieren.

Die Anhörung fand am 5. Oktober vor dem Zweiten Strafgerichtshof von Cobán unter dem Vorsitz von Richter José Alfredo Quiñónez Lemus statt, wo die Staatsanwaltschaft einen einzigen Zeugen und verschiedene von der Verteidigung angebotene Beweismittel präsentierte, die vom Richter akzeptiert wurden. (...) Die nächste Anhörung findet am 19. Oktober um 11 Uhr am selben Ort statt, um festzustellen, ob er verurteilt oder für unschuldig erklärt wird.

Héctor Chen, der derzeitige Direktor der Schule im Dorf Sibicte de Chisec, in der Caal Xol arbeitete, erschien als erster Zeuge. Er sprach im Namen des MINEDUC und wurde von der Staatsanwaltschaft vorgeschlagen. In seiner Erklärung sagte er, dass der Lehrer Bernardo Caal als beauftragter Lehrer, d. h. als Hilfslehrer, an die Schule kam, da die Stellen bereits vollständig besetzt waren. Zwischen 2012 und 2013 war Bernardo Caal während seiner Lehrtätigkeit auch stellvertretender Sekretär der guatemaltekischen Gewerkschaft für das Bildungswesen (STEG), wie aus den dem Richter vorgelegten Dokumenten hervorgeht. Die Anwälte behaupten, dass er rechtlich dazu berechtigt war, für diese Gewerkschaftsposition abwesend zu sein. Das Bildungsministerium beschloss jedoch, ihn unter Beobachtung zu stellen. Der Zeuge sagte aus, dass im Jahr 2012 der Technische Verwaltungskoordinator (CTA) kam, um zu überprüfen, ob Bernardo tatsächlich am Unterricht teilnahm. Zu diesem Zeitpunkt war er aufgrund seiner gewerkschaftlicher Verpflichtungen nicht in der Schule.

Nach Angaben der MP unterzeichnete Bernardo Caal die Anwesenheitsliste verspätet, und der Zeuge sagte, er habe damals einen Staatsanwalt über diesen Fall informiert. Er hatte zwar keinem Lehrer erlaubt, die Liste zu unterschreiben, wenn er nicht in der Schule erschien, aber Bernardo war eine Ausnahme, weil er Mitglied der Gewerkschaft war. Im weiteren Verlauf der Anhörung versuchte die MP den Zeugen zu verwirren, damit er Aussagen machte, die zu einer Verurteilung des Lehrers Caal Xol wegen angeblicher Arbeitsverweigerung führen würden.

Die Verteidigung von Bernardo Caal versichert, dass die Anschuldigung gegen ihn keine rechtliche Grundlage hat und verwaltungstechnischer Natur sei, da das Gesetz den Gewerkschaftsführer*innen acht Arbeitstage pro Monat zugesteht, um die ihnen zustehende Arbeit zu verrichten. Caal hatte diese Position bei der STEG zwischen 2012 und 2013 inne. Der Zeuge weist seinerseits darauf hin, dass der Lehrer 2012 dem Unterricht ferngeblieben sei, räumt aber ein, dass die Lehrkräfte in der STEG dieses Recht genießen, insbesondere wenn sie der Gewerkschaft angehören. Die Verteidigung des Lehrers und Q'eqchi'-Anführers legte verschiedene Beweismittel zugunsten von Bernardo Caal vor, die alle zugelassen wurden. Darunter ein Dokument, in dem die direkte Beziehung zwischen Caal und der STEG beschrieben wird, und ein weiteres Dokument der Bildungsdirektion von Alta Verapaz über eine Leistungsbewertung von Grundschullehrern. (...) "Er (der Zeuge) sagt in seiner Aussage, dass wir in der Schule vollzählig waren, wir brauchten keine Lehrer mehr, aber sie beauftragten mich, als Hilfslehrer eingesetzt zu werden; das sind Vereinbarungen, die mit der Bildungsdirektion getroffen wurden, um eine Gewerkschaftsstelle zu besetzen", sagte Bernardo Caal, der seit 1995 Lehrer ist und 2013 von der damaligen Bildungsministerin Cynthia del Águila während der Regierung von Präsident Otto Pérez Molina entlassen wurde. "Sie nutzen einige Dokumente und Fehler aus, um zu behaupten, dass ich ein Gehalt erhalten habe, ohne gearbeitet zu haben. Es handelt sich hier um eine rein administrative Angelegenheit, die nicht hätte kriminalisiert werden dürfen, aber da man mich kriminalisieren will, kümmerge ich mich darum", schloss er.

Obwohl also die Vorfälle, die Bernardo Caal vorgeworfen werden, bereits 2012/2013 stattfanden, wurde erst 2017 von dem damaligen Direktor des Bildungsministeriums, Álvaro Xoy, eine Klage eingereicht. Zu Beginn des Strafverfahrens lautete die Anklage auf Betrug, aber der vormalige Richter Ricardo Isaías Caal änderte den Straftatbestand in unrechtmässige Einbehaltung des Gehalts. (...) Das Verfahren findet fünf Jahre nach Beginn der Ermittlungen statt. Caal war wegen eines anderen Falles mehrere Jahre im Gefängnis und ist im März dieses Jahres freigelassen worden (*s. Fijáte! 751, d.Red.*). Eigentlich hätte auch während dieser Zeit das Verfahren weitergeführt werden können. Caal aber erhielt erst nach seiner Freilassung die Benachrichtigung über das Verfahren. "Warum wird sie erst jetzt aktiviert? Das bleibt abzuwarten, sicherlich ist es Teil einer ausgeklügelten Arbeit, ihn zu verfolgen", erinnerte Rechtsanwalt Edgar de León. (Prensa Comunitario, *am Ende bearbeitet von der Red.*)

Teil 2: Rückschlag für MP: Gericht entscheidet zugunsten von Leily Santizo und Siomara Sosa

Guatemala, 5. Oktober - Die Vierte Berufungskammer für Strafsachen entschied bereits Ende Juli diesen Jahres, dass es keine Beweise für Behinderung der Justiz gibt, eine der Straftaten, die die Staatsanwaltschaft (MP) den beiden Justizmitarbeiterinnen, Leily Santizo und Siomara Sosa, vorgeworfen hatte. In einem zweiten Urteil wies es ausserdem die Absicht der Staatsanwaltschaft zurück, die den beiden Frauen gewährten alternativen Strafmassnahmen rückgängig zu machen (*d.h. der Versuch der MP, sie wieder in Haft zu nehmen, d.Red.*) Das Urteil ist noch nicht veröffentlicht worden, kursiert allerdings in sozialen Medien rechtsextemer Kreise, die gegen das Urteil kämpfen.

Die von Consuelo Porras geleitete Staatsanwaltschaft (MP) ordnete am 10. Februar die Verhaftung von Leily Santizo, der ehemaligen Leiterin der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG), und am 15. Februar die Verhaftung von Siomara Sosa, der ehemaligen Anklägerin der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI), an. Die Verhaftungen erfolgten einige Tage nach einer Anklage der Stiftung gegen Terrorismus (FCT), die von dem Geschäftsmann Ricardo Méndez Ruiz geleitet wird. Die MP und die FCT beschuldigten Santizo und Sosa der Behinderung der Justiz und der geheimen Absprache (*s. Fijáte! 749, d.Red.*).

Am 7. März 2022 entschied der Dritte Kammer des ersten Strafgerichts, dass die Anklage beim ersten Straftatbestand unbegründet ist. Mit anderen Worten: Es gab nicht einmal Beweise dafür, dass die Akteure der Justiz in ein System der Behinderung der Justiz verwickelt waren. Eine Justizmitarbeiterin, die mit dem Fall gegen die beiden Frauen vertraut war und anonym sprach, um Repressalien seitens der Justiz zu vermeiden, sagte dazu: "Sie haben es nicht geschafft, die Beteiligung von Eva Siomara Sosa oder Leily Santizo an der Begehung des Verbrechens nachzuweisen, nicht einmal in Form von Indizien. Sie haben keine ernsthafte und objektive Untersuchung, die sie dazu bringen würde, Haftbefehle für dieses Verbrechen zu beantragen."

Das MP hatte auf Veranlassung des FCT beantragt, dass die Frauen im Gefängnis bleiben, während das Gerichtsverfahren fortgesetzt wird. Das Argument der Stiftung gegen Santizo war, dass sie untertauchen und die Ermittlungen behindern könnte, weil sie Leiterin der CICIG gewesen sei. Bei dieser Gelegenheit ordnete das Gericht jedoch auch alternative Massnahmen zum Gefängnis an, in dem Santizo seit ihrer Verhaftung fast einen Monat lang festgehalten worden war. Die FCT legte gegen beide Entscheidungen Berufung ein, doch am 27. Juli entschied die Vierte Berufungskammer zugunsten von Santizo und Sosa, was bedeutet, dass sich beide nur noch wegen geheimer Absprachen, einem geringeren Vergehen, verantworten müssen. (...)

Die Entscheidungen der Berufungskammer wurden bisher nicht veröffentlicht, da das Verfahren seit dem Tag der Verhaftung von Leily Santizo unter absoluter Geheimhaltung stattfand. Accounts in sozialen Medien, die mit der Stiftung gegen den Terrorismus verbunden sind, hatten jedoch Zugang zu mehreren Urteilen und Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Fall, auf die selbst die Anwalt*innen der Angeklagten keinen Zugriff hatten. Am 4. Oktober wurden von mindestens zwei dieser Konten Drohungen und Warnungen an einen der Richter der Vierten Kammer ausgesprochen. Am gleichen Tag wurde der Inhalt der Entscheidung der Vierten Kammer in den sozialen Netzwerken bekannt gegeben.

Richter*innen, Kläger*innen und Staatsanwält*innen, die an dem Verfahren gegen Sosa und Santizo beteiligt sind, wurden vom US-Aussenministerium als korrupte und antidemokratische Akteure auf der so genannten Engel-Liste geführt: die Generalstaatsanwältin Consuelo Porras, der derzeitige Leiter der FECI, Rafael Curruchiche, Méndez Ruiz und Raúl Falla, Direktor und Anwalt der FCT und Richter Geisler Pérez. Sie alle werden von den USA beschuldigt, die Justiz in Guatemala zu behindern – dasselbe, was den beiden Frauen zur Last gelegt wird. (...) (Prensa Comunitaria)

¡Fijáte!
vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de
Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:
IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6